
Gramsci, Hayek und die unbestreitbare Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie

NORBERT NICOLL

Es gibt Leute, die noch vor zwei Jahren glaubten, die Dekonstruktion des Staates sei durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gestoppt oder gar umgekehrt worden. Nicht wenige Kommentatoren sahen das Ende des Neoliberalismus gekommen. Sie verwiesen auf die erheblichen Summen, die die Staaten zur Stützung ihrer Volkswirtschaften und besonders ihrer Finanzsektoren in die Hand genommen haben. Doch der Neoliberalismus ist im Zuge einer beispiellosen Banken- und Spekulationskrise nicht untergegangen. Für viele Beobachter wie Colin Crouch ist das ein «überraschendes Ergebnis» (Crouch 2011: 12). Aber stimmt das wirklich? Pessimistische Prognosen in Bezug auf die Zukunft des Neoliberalismus wurden in den letzten zwanzig Jahren des Öfteren geäußert. Sie erwiesen sich stets als Trugschlüsse.

So auch dieses Mal. Der Neoliberalismus ist standfest und erstaunlich gut in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. Aus dem Blick gerät leicht, dass neo- bzw. wirtschaftsliberale Auffassungen nach dem Zweiten Weltkrieg in allen industriell weit fortgeschrittenen Ländern minoritär waren. Eine Mehrheitsfähigkeit war nicht einmal annähernd gegeben. Dass sich dies innerhalb von dreißig Jahren geändert hat und dass sich all jene, die weiterhin weitreichende wirtschaftsliberale Forderungen verkünden, wie Fische im Wasser bewegen können, ist gewiss einer ganzen Reihe von Faktoren geschuldet. Einer dieser unterbelichteten Faktoren soll in diesem Text genauer unter die Lupe genommen werden: die hegemoniale Strategie der neoliberalen Kräfte.

Neo- und rechtsliberale Kräfte verfolgten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine mehr oder weniger durchdachte Strategie, um ihrer Ideologie zu einer Renaissance zu verhelfen.¹ Mit Rückgriff auf die Ideen und Theorien von Antonio Gramsci und Friedrich August von Hayek ist es möglich, diese Strategie zu verstehen. In diesem Beitrag soll deshalb eine hegemonietheoretische Perspektive eingebracht werden, die auch dabei hilft, das Wirken der in Deutschland aktiven wirtschaftsliberalen Think Tanks und Reforminitiativen – genannt seien exemplarisch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die Bertelsmann-Stiftung oder der Konvent für Deutschland – in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können.

1. Zur Aktualität von Antonio Gramsci und des Konzepts der kulturellen Hegemonie

Antonio Gramsci gehört zu den vielseitigsten politischen Denkern des 20. Jahrhunderts. Er war Historiker, Journalist, Literatur- und Kulturkritiker, Theoretiker der italienischen

Linken und Führer der Kommunistischen Partei Italiens. Gramscis Arbeiten fanden in sozialwissenschaftlichen Kreisen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine wachsende Beachtung.² Obwohl manche Ideen heute getrost als überholt bezeichnet werden können, beanspruchen andere Konzepte und Überlegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch Gültigkeit für sich. Durch ihren hohen analytischen und strategischen Gehalt erweisen sie sich als recht fruchtbar für das Verständnis und die Interpretation politischer und gesellschaftlicher Probleme unserer Zeit. So ist es wenig verwunderlich, dass herausragende Gesellschaftswissenschaftler wie Eric Hobsbawm das Werk des Italieners hinreichend gewürdigt haben. Gramsci ist nach Hobsbawm ein herausragender marxistischer Theoretiker, «weil er erkannte, dass in der Politik mehr enthalten ist als nur die Macht» (Hobsbawm 1977: 212).

Gramsci entwickelte seine Theorien vor dem Hintergrund der kapitalistischen Gesellschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – im Angesicht ihrer Krisen und Widersprüche, ihrer politischen und sozialen Formen. Während in Russland die Oktoberrevolution das Land transformierte, erfolgte in Italien der Aufstieg des Faschismus. Antonio Gramsci wurde verhaftet. In seiner Haft versuchte er die Frage zu ergründen, warum die Geschichte genau diesen, aus seiner Sicht recht entmutigenden Verlauf nahm.

Im Unterschied zu anderen marxistischen Theoretikern und auch im Unterschied zur offiziellen Position der Kommunistischen Internationale fasste Gramsci den Staat nicht allein als Repressions- oder Zwangsapparat auf, nicht als das bewaffnete Organ der Bourgeoisie, sondern begriff ihn als ein komplexes Herrschaftssystem. Zentral ist nach Gramsci, den Staat weder als Instrument des Kapitals zu verstehen noch als mehr oder weniger neutrale Regulierungsinstanz, die der Gesellschaft entgegen gesetzt ist. Der Staat beschreibt ein soziales Verhältnis, in dem Kämpfe präsent sind, der aber gleichzeitig diese maßgeblich beeinflusst.

Gramscis Gesellschaftskonzeption zeichnet sich durch einen gewissen Dualismus aus. Gramsci sah Ökonomie und Staat in einer Wechselbeziehung. Er schrieb weder der Ökonomie noch der Politik ein Primat zu (vgl. Kebir 1991: 12). Wie Marx und zahlreiche andere Vertreter der Aufklärung unterschied er zwischen der zivilen Gesellschaft und der politischen Gesellschaft, allerdings weist Gramsci den Begriffen etwas andere Bedeutungen zu. Beide Kategorien unterschied er lediglich in methodologischer Hinsicht. Er betonte, in der gesellschaftlichen Praxis würden sie eine Einheit bilden (vgl. Neubert 2001: 57). Die politische Gesellschaft war für Gramsci gleichbedeutend mit dem Staat im engeren Sinne, womit Gramsci die Gesamtheit der institutionalisierten politischen, juristischen und militärischen Machtstrukturen und -instrumente der herrschenden Klasse meinte, so z. B. die Gerichte, die Bürokratie, die Regierung, die Armee und die Polizei.

Die zivile Gesellschaft bezeichnete Gramsci als den «erweiterten Staat». Doch die Rede vom «erweiterten Staat» führt leicht in die Irre: Gemeint ist mit Zivilgesellschaft der nichtstaatliche Teil der Gesellschaft, also die Institutionen und Organisationen, die die sozialen, kulturellen, geistigen oder religiösen Beziehungen und Aktivitäten der Menschen regeln. Konkret meinte Gramsci damit die Medien, die Familien, die Parteien, die Kirche, die Schulen und die unzähligen Kultur- und Sportvereine eines Landes. Generell zeichnen sich entwickelte kapitalistische Gesellschaften durch eine entwickelte Zivilge-

sellschaft aus. Weniger entwickelte Gesellschaften haben im Umkehrschluss allenfalls rudimentäre zivilgesellschaftliche Ansätze.³

Gramsci stimmte mit Marx darin überein, in der Arbeiterklasse das historische Subjekt zu sehen, das den Lauf der Geschichte umwerfen könne. Er bemängelte gleichwohl, der Arbeiterklasse fehle das richtige Bewusstsein. Den Arbeitern sei nicht klar, welche ungeheuerliche Macht sie hätten, wenn sie sich verbünden würden (vgl. Deppe 2003: 239). Das Herrschaftssystem, in dem die Menschen lebten, so formulierte Gramsci ein weiteres Problem, werde von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als fremd und repressiv wahrgenommen. Sie fühlten sich in diesem System mehr oder weniger wohl. Ursächlich dafür ist Hegemonie.

Was ist Hegemonie? Die Machtausübung besteht nach Gramsci aus zwei Komponenten: Herrschaft und Hegemonie. Die Herrschaft, verstanden als Gewaltanwendung, ist im Bereich der politischen Gesellschaft angesiedelt, Hegemonie im Bereich der Zivilgesellschaft. Im Sinne Gramscis ist Hegemonie politische, geistige, kulturelle und moralische Führung der Gesellschaft, im weitesten Sinne der Einfluss auf Mehrheiten (vgl. Neubert 2001: 66). Hegemonie bedeutet, «dass die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist ... von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, d. h. nicht bis zu einem engen ökonomisch-korporativen Interesse.» (Zitiert nach Candeias 2003: 401.)

Bemüht man sich um eine etwas griffigere Definition, lässt sich Hegemonie als das Verfahren verstehen, durch das die herrschende Klasse Zustimmung zu ihrer Herrschaft organisiert und erlangt. Hegemonie ist dann vorhanden, wenn die unteren, subalternen Klassen glauben, die von der herrschenden Klasse getroffenen Entscheidungen seien in ihrem eigenen Interesse, wenn die subalternen Klassen entweder ihre ausdrückliche Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen geben oder diese zumindest passiv hinnehmen.⁴ Hegemonie kann der Staat (im engeren Sinne) nicht verordnen, sie muss erkämpft werden. Der gesellschaftliche Ort der Kämpfe um Hegemonie ist die Zivilgesellschaft. Die Bestandteile der Zivilgesellschaft binden die Menschen an die herrschenden Verhältnisse. Sie sind, so Gramsci, die «gewaltigen Schützengräben und Befestigungsanlagen» (Gramsci 1983: 96) der Gesellschaft, die der Zitadelle der eigentlichen Macht im räumlichen wie im metaphorischen Sinne vorgelagert sind.⁵ Um die Zitadelle der Macht stürmen zu können, müssen erst die vorgelagerten Kasematten eingenommen werden, also Hegemonie errungen werden. Hegemonie ist somit eine, wenn nicht *die* Bedingung schlechthin für die Eroberung der Macht (vgl. Gramsci 1998: 1947).

Zwang ist in einem System, in dem die herrschende Klasse die Hegemonie ausübt, im Regelfall nicht erforderlich, da die Menschen mehr oder weniger zufrieden sind. Staatliche Repressions- und Zwangsmittel werden von der herrschenden Klasse erst dann eingesetzt, wenn die herrschende Klasse ihre Hegemonie verliert oder zu verlieren droht. Daran wird deutlich, dass Hegemonie nicht in Stein gemeißelt ist. Sie ist in permanentem Fluss. Diejenigen, die Hegemonie ausüben, müssen sich Tag für Tag anstrengen, um sie zu verteidigen. Gramscis Hoffnung war, dass die Arbeiterschaft eines Tages ein hege-

moniefähiges Projekt entwickeln würde und dann im nächsten Schritt die Hegemonie erringen könnte.

Bei der Erringung bzw. bei der Verteidigung von Hegemonie weist Gramsci den Intellektuellen eine überaus bedeutende Rolle zu. Gramsci unterscheidet zwischen «traditionalen» und «organischen» Intellektuellen. Zur ersten Gruppe zählte er vor allem die «Kirchenmänner». Die zweite Gruppe ist die interessantere. Organische Intellektuelle sind solche, die sich die Klassen der modernen Gesellschaft selber schaffen, «die ihr Homogenität und Bewusstheit der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben» (Gramsci 1996: 1497). Organische Intellektuelle können unter bestimmten Bedingungen Wissenschaftler, Uniprofessoren, Philosophen oder Schriftsteller einer Klasse sein, aber Gramsci hat sie bei weitem nicht allein im Blick.⁶ Viel eher fallen «Dorfintellektuelle» wie der Lehrer, der Arzt, der Pfarrer oder der Partei- oder Verbandsfunktionär in die Kategorie des organischen Intellektuellen. Entscheidend ist, dass sie qua (beruflicher) Position in ihrem Umfeld nicht nur eine bestimmte Glaubwürdigkeit besitzen, sondern auch als Multiplikator fungieren. Sie sorgen für Unterordnung und Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse. Sie sind somit «die Gehilfen der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung» (Deppe 2003: 240).

Aus der Sicht von Gramsci muss jede Gruppe, die nach der Herrschaft in einer modernen Gesellschaft strebt, bereit sein, Abstriche bei ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen zu machen, mit einer Vielzahl von politischen Kräften den Kompromiss zu suchen und mit diesen Allianzen zu bilden. Gramsci nennt diese Allianzen «Historischer Block» (auch «hegemonialer Block» oder «Block an der Macht»). Jener historische Block bildet die Basis für eine gesellschaftliche Ordnung, durch welche die Hegemonie der dominanten Klasse mit Hilfe einer Verknüpfung von Institutionen, sozialen Beziehungen und Ideen gebildet und sichergestellt wird.

Ferner betonte Gramsci, wer Hegemonie erreichen wolle, müsse das Terrain des Alltagsverstands sichern. Der Alltagsverstand enthält die Weltanschauungen der Volksmassen, oftmals nahe an einer Religion, aber auch versetzt mit «materialistischen Elementen», historisch-politischen Erfahrungen und Elementen der Volkskultur.⁷ Der Alltagsverstand ist somit keineswegs einheitlich, er ist inkohärent, vielschichtig und von Widersprüchen durchzogen – wie die widersprüchlichen Lebensbedingungen der Menschen. Über ein Steuerungszentrum verfügt der Alltagsverstand nicht, deshalb muss Veränderung auf mehreren Ebenen in verschiedenen Bereichen ansetzen (vgl. Prinz 2002: 42f.). Der Alltagsverstand, so Gramsci, sei die zentrale Arena der Zivilgesellschaft, der widerstandsfähigste Schützengraben einer bestehenden Gesellschaftsformation (vgl. Votsos 2001: 128).

Gewiss: Die Trennung von politischer und ziviler Gesellschaft, wie sie Gramsci im Italien der 1920er Jahre entwickelt hat, lässt sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Die Expansion der Staatstätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat dazu geführt, dass viele vormals «private» Tätigkeiten und Funktionen längst staatlich geworden sind. Damit wurde die Erzeugung von Konsens, die Reproduktion von Hegemonie, in gewisser Weise verstaatlicht. Der Marburger Politologe Frank Deppe hat in diesem Zusammenhang allerdings die Frage aufgeworfen – nach Ansicht des Autors zurecht –, inwieweit die Ende der

1970er Jahre vollzogene Entstaatlichung durch Deregulierung und Privatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Gramscis Analysen wieder aktualisiert hat (vgl. Deppe 2003: 270).

2. Hayek und der Aufbau eines neoliberalen Netzwerks

Für Gramscis Werk haben sich nach seinem Tod nicht nur Marxisten interessiert. Die Neue Rechte hat sich eingehend mit Gramsci beschäftigt. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, einer ihrer Hauptexponenten, empfiehlt allen Rechten ein aufmerksames Studium der Schriften Gramscis, weil er ein bedeutender Gegner sei und weil man viel von ihm lernen könne. Kaltenbrunner sieht in Gramsci eine «Art Clausewitz kulturrevolutionärer Bewusstseinsveränderung» (Kaltenbrunner 1985: 409).

Interessanter ist allerdings die Rezeption von Gramsci im neoliberalen Umfeld. Hier hat Friedrich August von Hayek, der Doyen des Neoliberalismus, eine herausragende Rolle gespielt. Hayek ist Antonio Gramsci nie persönlich begegnet. Ob er Gramscis Schriften je gelesen hat, ist nicht überliefert, aber es gibt gewisse Anhaltspunkte dafür. Hayek propagierte in seinen Schriften Ideen, die in manchen Punkten denen Gramscis ähnlich sind. In den 1940er Jahren versuchte Hayek, wirtschaftsliberalen Ideen zu einer Renaissance zu verhelfen. Angesichts der verheerenden Erfahrung der Weltwirtschaftskrise, in der das Laissez-faire-Prinzip auf ganzer Linie versagte, und des Erfolgs von Franklin D. Roosevelts New Deal schien dieses Ansinnen ziemlich aussichtslos zu sein. Fast alle waren Keynesianer. Lediglich die Unternehmer unterstützten noch neoliberale Ideen, aber das war bei weitem nicht ausreichend. Andere Bereiche der Gesellschaft mussten für wirtschaftsliberale Ideen gewonnen werden, entscheidend war vor allem die (passive) Unterstützung der Arbeiterschaft, die das Gros der Bevölkerung in den Industriestaaten stellte.

Hayek, der in starkem Maße von den Schriften Walter Lippmanns *The Good Society* und *Public Opinion* (Lippmann 1922: 1937) inspiriert wurde, glaubte aber an ein entscheidendes Prinzip: «Ideas have Consequences»⁸. In seinem Essay mit dem Titel «The Intellectuals and Socialism» (Hayek 1960) findet sich seine kompakteste Hegemonie-Analyse. Auf seine Weise erkannte auch Hayek die hemmende Wirkung der zivilgesellschaftlichen «Kasematten» (Gramsci) für die Durchsetzung neoliberaler Ideen, Werte und Interessen, auch wenn seine Analyse bei weitem nicht die theoretische Tiefe erreichte wie die von Gramsci. Wie Gramsci sah Hayek in den Gewerkschaften ein zentrales zivilgesellschaftliches Befestigungswerk. Ihre Schwächung sei eine Grundbedingung für eine liberale Renaissance: «Wenn daher irgend eine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muss die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz als auch tatsächlich entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.» (Hayek 1952: 154.)

Wie der einleitende Konditionalsatz von Hayek deutlich macht («Wenn daher irgend eine Hoffnung»), handelt es sich bei der Gewerkschaftsfrage um eine Schlüsselfrage des Neoliberalismus à la Hayek. Das Problem bestehe darin, dass den Gewerkschaften Ausnahmen vom ordentlichen Recht zugestanden worden seien und damit praktisch die Anwendung von Gewalt, Zwang und Einschüchterung legalisiert worden sei (ebd.). Zu-

sammen mit den «Forderungen [nach] größerer Sicherheit und größerer Gleichheit» (ebd.: 143), der «extremen Gleichmacherei» (ebd.: 155), liege die Herausforderung für den Neoliberalismus darin, die von den Gewerkschaften propagierten Vorstellungen, Erwartungen und Interessen zu bekämpfen und umzudeuten (vgl. Walpen 2004: 116).

Ähnlich hoch wie Gramsci veranschlagte Hayek die Bedeutung der Intellektuellen – was für ihn der Anlass war, sich mit ihnen sehr ausführlich zu beschäftigen. Hayek kritisierte, Einfluss und Rolle der Intellektuellen würden bei weitem unterschätzt: «In all democratic countries, in the United States even more than elsewhere, a strong belief prevails that the influence of the intellectuals on politics is negligible. This is no doubt true of the power of intellectuals to make their peculiar opinions of the moment influence decisions, of the extent to which they can sway the popular vote on questions on which they differ from the current views of the masses. Yet over somewhat longer periods they have probably never exercised so great an influence as they do today in those countries. This power they wield by shaping public opinion.» (Hayek 1960: 371.)

Während Gramsci zwischen «traditionalen» und «organischen» Intellektuellen differenziert, unterscheidet Hayek bei den Intellektuellen zwischen den «original thinkers», den eigentlichen Philosophen und Denkern, die die Grundkonzepte liefern, und den «second-hand dealers in ideas» – eine weite Gruppe von Journalisten, Lehrern, Publizisten, Kommentatoren und Künstlern, die deren Ideen und Überlegungen dem Massenpublikum vermitteln. Zwar sei die Arbeit der «original thinkers» unabdingbar, aber auf die zweite Gruppe komme es entscheidend an. Sie sind für Hayek die Intellektuellen im eigentlichen Sinne: «It is the intellectuals in this sense who decide what views and opinions are to reach us, which facts are important enough to be told to us, and in what form and from what angle they are to be presented. Whether we shall ever learn of the results of the work of the expert and the original thinker depends mainly on their decision.» (Hayek 1960: 372f.)

Durchweg finden sich die Massen in Hayeks Schrift in einer passiven oder ungunstigen Rolle; sie sind letztlich eine beliebig manipulierbare Größe, die die Negativfolie zu den als aktiv begriffenen Intellektuellen/Eliten bildet.⁹ Hayeks Ausführungen über die Massen sind von einem ständigen Rumoren begleitet. Für die herrschenden Klassen und ihre Intellektuellen stellen sie eine Bedrohung dar, weil befürchtet wird, dass von ihnen eine Revolution ausgehen könnte (vgl. Plehwe/Walpen 1999: 209ff.). Das Grundproblem bestand für Hayek seinerzeit darin, dass die falschen Intellektuellen – die sozialistischen – die Massen beeinflussten. Hayek versuchte in diesem Zusammenhang die Frage zu ergründen, weshalb viele Intellektuelle dem Sozialismus zuneigten.¹⁰ Besorgt stellte er fest, dass sozialistische Intellektuelle «are undermining the foundations of a free society» (Hayek 1960: 381).

Intellektuelle, so führt Hayek aus, seien nicht besonders intelligent oder begabt. Viele Intellektuelle seien hochgradig opportunistisch. Sie hätten im Grunde nur eine Fähigkeit: Sie könnten sich ausdrücken und würden daher gehört. Weil sie aber nicht besonders praktisch veranlagt seien, berauschten sie sich an großen Ideen und Zusammenhängen.¹¹ Das habe der Sozialismus ihnen geliefert: eine fundierte Theorie und eine Utopie noch dazu (Hayek 1960: 380). Die Gegner des Sozialismus, die Liberalen, müssten eine eigene Utopie erfinden¹²: «What we lack is a liberal Utopia, a program which seems neither a

mere defense of things as they are nor a diluted kind of socialism, but a truly liberal radicalism which does not spare the susceptibilities of the mighty (including the trade unions), which is not too severely practical, and which does not confine itself to what appears today as politically possible. We need intellectual leaders who are willing to work for an ideal, however small may be the prospects of its early realization. They must be men who are willing to stick to principles and to fight for their full realization, however remote. The practical compromises they must leave to the politicians.» (Ebd.: 384.)

Stellt man eine solche Utopie auf, so Hayek, dürfe man sich nicht daran stoßen, dass sie heute nicht als «praktisch, sinnvoll und realistisch» angesehen werde (ebd.: 381). Viele Jahre harter intellektueller Arbeit müssten vergehen, ehe man die Früchte der Idee pflücken könne. Hayek veranschlagte dafür zwei bis drei Generationen.

Hayek war sich klar darüber, dass die Menschen nicht mit ihren Ideen und Überzeugungen geboren würden, sie vielmehr im Laufe eines Lebens erworben würden. Ihm war auch klar, dass es zur Durchsetzung von Überzeugungen materieller Infrastrukturen bedürfe und dass diese Strukturen wiederum weitgehend die intellektuellen Superstrukturen bestimmten. Entscheidend sei es, in die Köpfe der Menschen zu gelangen, denn dann gewinne man das Herz, die Hände und das Schicksal der Menschen (George 2001: 215). Der Veränderung der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Landschaft müsse eine Veränderung der intellektuellen und psychischen Landschaft vorausgehen. Damit neoliberale Ideen wieder Teil des individuellen und gesellschaftlichen Alltags werden könnten, so Hayek, müssten sie über Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Konferenzen, Symposien, Berufsverbände oder Studentenorganisationen verpackt, vermittelt und propagiert werden (George 2001: 210).

Von Anfang an wusste Hayek, dass die «neoliberale Reconquista» sehr lange dauern würde. Hayeks Überlegungen führten schließlich zur Suche und Rekrutierung von Denkern und Schreibern und zur Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten, um ein breites Netz von Institutionen aufzubauen und zu unterhalten, die zur Vorhut der neoliberalen Renaissance werden sollten.

Besondere Aufmerksamkeit legte Hayek auf die Netzwerkbildung. Eine Schlüsselrolle fiel der Mont Pélerin Society (MPS) in diesem Zusammenhang zu, ein Netzwerk von neoliberalen Gelehrten. Die Society gründete sich auf Betreiben Hayeks im Jahr 1947 in dem Bergdorf Mont Pélerin in der Nähe von Vevey in der Schweiz, um auf der ganzen Welt verstreut lebende liberale Intellektuelle zusammenzuführen. Unter den 39 Teilnehmenden des Gründungstreffens befanden sich mit Maurice Allais, Milton Friedman, Friedrich August von Hayek und George J. Stigler allein vier spätere Wirtschaftsnobelpreisträger sowie mit Walter Eucken, Albert Hunold, Fritz Machlup, Wilhelm Röpke, Ludwig von Mises, Michael Polanyi, Karl Raimund Popper und William Rappard eine Vielzahl von höchst einflussreichen Persönlichkeiten der folgenden Jahre und Jahrzehnte.¹³ Vorbild bei der Gründung der MPS war in gewisser Hinsicht die Fabian Society.¹⁴ Hayek, von 1947 bis 1961 Präsident der MPS, studierte offenbar in seiner Zeit an der «fabianischen» London School of Economics die intellektuellen Methoden und Gepflogenheiten der Fabian Society.¹⁵ Die Gründungserklärung der MPS legt nahe, dass die MPS als typische Gegenintellektuellengruppierung formiert wurde.¹⁶

Ohne über Adresse oder einen festen Standort zu verfügen, stellt die MPS den bis heu-

te einflussreichsten Club neoliberaler Denker dar, der allerdings der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben ist. George Stigler fasst die Funktionsweise der MPS wie folgt zusammen: «Die Gesellschaft gibt keine Bücher oder Periodika heraus, engagiert sich nicht in politischen Aktivitäten, veröffentlicht keine Erklärungen, und ihre Mitglieder decken nach wie vor ein wirklich breites Spektrum an Herangehensweisen an wirtschaftliche und politische Fragen ab.» (Zitiert nach Walpen 2004: 103.)

In dem auf dem Gründungstreffen formulierten «Statement of Aims» steht zu lesen, dass es den Vertretern des neu zu konstituierenden Liberalismus um eine «Redefinition der Funktionen des Staates» sowie um «die Wiedereinführung der rule of law» gehe (zitiert nach Hartwell 1995: 41, 49). Insgesamt ist das Statement recht allgemein gehalten, es gleicht einem Minimalkonsens. Der entscheidende Vorteil war, dass die Vertreter der unterschiedlichen Denkschulen des Neoliberalismus, vor allem der Österreichischen Schule, der ordoliberalen und der libertären Richtungen, leicht eingebunden werden konnten (vgl. Plehwe 2004: 31). Im Laufe der Zeit zeigten sich aber auch Nachteile – es gab innerhalb der MPS einige Konflikte um die strategische Ausrichtung.¹⁷

Der französische Politologe François Denord stellt fest, dass die MPS «im Herzen eines weltweiten Netzes ist, das das Ziel verfolgt, die Zirkulation neoliberaler Ideen zu garantieren». Weiter schreibt Denord: «Mit der Schaffung der Mont Pélerin Society gab Hayek dem Neoliberalismus ein besonders effizientes Verbreitungsinstrument» (Denord 2002: 9, 13).

Das Gros der MPS-Mitglieder machen bis heute Universitätsprofessoren aus, wobei hier Ökonomen überwiegen. Zu einem geringeren Teil besteht die MPS aus Unternehmern, Juristen, Journalisten, Politikern und hohen Staatsbeamten (vgl. Hartwell 1995: 211). Die 400 Kernmitglieder der MPS kommen in größeren zeitlichen Abständen – meist einmal pro Jahr – zu Treffen zusammen.¹⁸ Alle zwei Jahre findet ein «General Meeting» statt, während in den Zwischenjahren ein «Regional Meeting» anberaumt wird. Die Finanzierung der Society ging zum Start vom William Volker Fund aus. Dieser war von 1932 bis 1965 aktiv und hatte das Ziel, die Verbreitung liberaler Ideen zu fördern. Hinter dem Fonds stand die William Volker Company of Kansas City, ein großer Möbel- und Ausstattungskonzern.

Die Mont Pélerin Society ist bis heute aktiv. Seit dem Tod Milton Friedmans 2006 ist die Liste der prominenten Namen innerhalb der MPS aber nicht mehr sehr lang.¹⁹

Friedrich August von Hayek erkannte frühzeitig die Bedeutung von Think Tanks im «Kampf um die Köpfe». Er sah in ihnen ein selbständiges, nicht von politischen Mehrheiten abhängiges Gegengewicht zu den zivilgesellschaftlichen Anhängern von Keynesianismus, Sozialismus und Wohlfahrtsstaat. Bei den Treffen der MPS ermutigte Hayek die Mitglieder zu Think-Tank-Gründungen und zur Schaffung von wirtschaftsliberalen universitären Instituten. Selbst ging Hayek bei der Gründung von Hegemonialapparaten mit gutem Beispiel voran. In Chicago war er federführend bei der Gründung der Chicago School of Economics, die in der Neuausrichtung der ökonomischen Theorie eine dominante Rolle gespielt hat.

Erstaunlicherweise ist Hayeks bedeutender Beitrag zur Gründung der Chicago School nicht sehr bekannt geworden. Die Chicago School, das spätere Zentrum des Monetarismus, wurde mit einem explizit politischen Auftrag geschaffen. Ziel war nicht in erster Li-

nie, die empirische Forschung zu forcieren, sondern die akademische Meinung zu beeinflussen (Ötsch 2007: 17f.). Die Finanzierung übernahm, wie schon im Falle der Mont Pélerin Society, der William Volker Fund. Die erste Idee wurde Ende April 1945 bei einem Treffen von Hayek mit Harold Luhn, seit 1944 Präsident des William Volker Funds, entwickelt (vgl. Horn/Mirowski 2005: 5). Luhn wollte Hayek dazu bewegen, eine amerikanische Version seines bekanntesten Werks (*The Road to Serfdom*) zu verfassen (Hayek 1944). Hayek wiederum wollte ein Universitätsinstitut in den USA gründen, was auch Luhn unterstützte.

Die Standortwahl entschied aus unterschiedlichen Gründen Chicago für sich.²⁰ Gleich von Anfang an wurde die Chicago School of Economics eng mit der Mont Pélerin Society verbunden: Aaron Director, Milton Friedman, Allen Wallis und Frank Knight (und später George Stigler, er kam 1956 nach Chicago) waren Mitglieder in beiden Institutionen. Die MPS wurde als Nonprofit-Organisation in Illinois registriert, das offizielle Büro war bei der University of Chicago Law School untergebracht und Allen Wallis war ihr Schatzmeister bis 1954 (vgl. Ötsch 2007: 18f.). Einige Jahre nach der Gründung der Chicago School schrieb Milton Friedman schließlich die von Luhn gewünschte amerikanische Version von *The Road to Serfdom* – das berühmte *Capitalism and Freedom* (Friedman 1962).

In London entstand auf Hayeks Initiative kurze Zeit später das Institute of Economic Affairs (IEA), das als einer der geistigen Wegbereiter der Thatcher-Ära gilt. Für die Finanzierung des IEA gewann Hayek den Unternehmer Anthony Fisher (vgl. Plehwe 2002: 34–36). Fisher war ein Bewunderer Hayeks und unterstützte ihn. Das IEA wurde 1955 gegründet. Fisher erklärte, man wolle nicht direkt in die Politik eingreifen. Ziel sei vielmehr «forming a scholarly research organisation to supply intellectuals in universities, schools, journalism and broadcasting with authoritative studies of the economic theory of markets and its application to practical affairs» (zitiert nach Cockett 1995: 124).

«Their task was to evangelize», meint Richard Cockett (ebd.: 139). Das IEA hatte ein begrenztes Stammpersonal, verfügte aber über ein breites Netzwerk von Mitarbeitern, vor allem aus den Universitäten. In der Folge wurden ein gewaltiges Netz an journalistischen Verbindungen, u. a. durch mondäne Empfänge, geknüpft und eine Vielzahl von Pamphleten und Büchern produziert, diese Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern zur Verfügung gestellt und viele neue Ideen propagiert (wie die Privatisierung und Deregulierung sowie Methoden, um neue Märkte zu schaffen) (vgl. Ötsch 2007: 20). Das IEA richtete sich aber nicht nur an Multiplikatoren, sondern nahm auch Studierende und Nachwuchswissenschaftler ins Visier. Wenn junge Leute die richtigen Ideen erhielten, dann würden sie diese immer behalten und weiter verbreiten: «Socialism was spread in this way and it is time to reverse the process» (zitiert nach Cockett 1995: 131), so Fishers Raisonement. Nach Meinung vieler ging die Rechnung auf: Alfred Sherman, ein Berater von Margaret Thatcher, erklärte im Hinblick auf die Situation in Großbritannien, dass es ohne das IEA keine Thatcher-Revolution gegeben hätte (vgl. Ranelagh 1991: 198). Fisher selbst gab sich mit der Gründung des IEA nicht zufrieden, er war an der Gründung vierzig weiterer Think Tanks beteiligt (vgl. Walpen 2004: 190, 216f.).

In den 1940er und 1950er Jahren erfolgte auch die Gründung von Zeitschriften, die sich dem Neoliberalismus verschrieben: *The Freeman* (1950), herausgegeben von den

MPS-Mitgliedern John Chamberlain und Henry Hazlitt, und *Faith and Freedom* (1950). Beiträge zu beiden Zeitschriften lieferten u. a. Hayek, Mises und Röpke (vgl. Nash 1976: 27f.). Hayek, Mises und Röpke nahmen die Rolle von «go-betweens» ein, die für die Zirkulation ihrer Ideen sorgten und das Agenda-Setting aktiv betrieben. Ihnen nahe stehende Think Tanks organisierten Konferenzen, auf denen die MPS-Wissenschaftler ihre Ergebnisse vortrugen, und anschließend publizierten sie leicht konsumierbare Kurzfassungen der Arbeiten.

3. Die Bedeutung von Netzwerken und Lektionen für die Linke

Es wird geschätzt, dass von der MPS und Hayek als ihrem langjährigen Präsidenten mehr als hundert Think-Tank-Gründungen ausgingen, von denen einige heute sehr bedeutend sind.²¹ In der Krise von Keynesianismus und Fordismus waren jene Think Tanks zur Stelle, um wissenschaftlich gestützte neoliberale Lösungsvorschläge vorzulegen, die in einem systematischen Zusammenhang entwickelt worden waren. Nicht wenige Intellektuelle aus den neoliberalen Forschungsinstituten wechselten schließlich in die Regierungen Thatcher und Reagan und halfen bei der Implementierung der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik.²²

Vielleicht ist durch die Art der Darstellung der Eindruck entstanden, als hätte sich alles auf die Weise entwickeln müssen, wie es dargestellt ist. Nichts wäre trügerischer. In der Geschichte neoliberaler Netzwerke findet keine teleologische Entwicklung statt. Wer diesen fundamentalen Befund nicht berücksichtigt, landet schnell bei Verschwörungstheorien, die rund um die MPS blühen.²³ Für Verschwörungstheoretiker ist die Gründung praktisch aller wirtschafts- und rechtsliberalen Think Tanks weltweit auf Hayeks Masterplan und die Effektivität der Arbeit der MPS zurückzuführen. Die MPS wirkt dann als Spinne, die im Laufe der Zeit nicht nur ein riesiges Netz gewoben hat, sondern praktisch jeden Teil des Netzes überwacht und steuert. Die INSM, die Bertelsmann-Stiftung und andere neoliberale Trommlerorganisationen erscheinen in dieser Sichtweise als Teil dieses Netzes, als Mosaiksteinchen eines mehr als sechs Jahrzehnte alten Plans, erdacht 1947. Solche Vorstellungen führen jedoch gänzlich in die Irre. Der Realität viel näher käme die sehr viel bescheidenere Einschätzung, dass die alten Think Tanks und Hegemonialapparate den neuen ideologisch das Feld bestellt haben und gezeigt haben, welcher Weg zu beschreiten ist, um Menschen zu überzeugen und zu beeinflussen.

Um allerdings alle Missverständnisse sicher aus dem Weg zu räumen, ist es sinnvoll, noch einen Moment bei der verschwörungstheoretischen Lesart der Geschichte zu bleiben. Zwar ist das Wirken der MPS für die Renaissance wirtschaftsliberaler Ideen als wichtig anzusehen, aber überschätzen sollte man ihren Beitrag nicht. Bei Verschwörungstheorien tritt an die Stelle der mühsamen Recherchearbeit die Verdächtigung per Mitgliedschaft. Zudem wird, wie bei simplizistischen Blaupausen, von einer direkten 1:1-Umsetzung von Gedanken in die Politik ausgegangen. Transnationale Elitenetzwerke, Stiftungen, Think Tanks, internationale Organisationen und Wirtschaftsverbände sind zwar heute recht bedeutend und richtig ist auch, dass sie durch Personen vielfältig miteinander verbunden sind, allerdings im Regelfall in einer «losen» Weise. Die Personen bewerkstelligen den «process of policy osmosis» (Cox 1987: 300), d. h. es handelt sich kei-

nesfalls um die platte Durchsetzung irgendwelcher Interessen, sondern um das Aufwerfen und Setzen von Themen und Agendapunkten.

Aus der in diesem Text ausgebreiteten hegemonietheoretischen Sicht bedeutet ein verschwörungstheoretischer Zugang, dass es letztlich zwei Kategorien von Menschen gibt: Auf der einen Seite sind jene, die alles steuern. Auf der anderen Seite sind jene, die gesteuert und manipuliert werden. Hegemoniale Kämpfe gibt es nicht, denn um den Konsens der subalternen Klassen muss nicht gerungen werden. Übersehen werden darf schließlich auch nicht, dass die gesamte Arbeit der vorwiegend britischen und US-amerikanischen Think Tanks kaum erfolgreich gewesen wäre ohne eine neue politische Elite, die mit den Namen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan verbunden wird. Es bedurfte also hervorragender politischer Fähigkeiten, die theoretischen Schlüsse in ein populistisches Idiom zu übersetzen.

Was Hayek betrifft, so ist festzustellen, dass er keinen wirklichen Masterplan hatte, der diesen Namen verdient. Hayek war vielmehr durch und durch Pragmatiker mit festen Überzeugungen, wovon die wichtigste war, dass –in den Worten Stuart Halls – «ideological transformations, however, do not take place by magic» (Hall 1988: 47). Er verstand sehr gut die Mechanismen der Vermittlung von Überzeugungen. In dieser Hinsicht war er einfach clever. Ferner profitierten er und seine Mitstreiter von den Fehlern der politischen Linken.

Die Linke hat – in den deutlichen Worten von Susan George, prominente Exponentin der europäischen Linken und sieben Jahre lang Vizepräsidentin von Attac Frankreich – die «Konterrevolution» von Hayek und seinen Mitstreitern verschlafen. Sie habe zu lange geglaubt, sie sei intellektuell überlegen und habe die Verflachungen und Erstarrungen der eigenen Theorieansätze nicht bemerkt. Die Lehren Gramscis seien sträflich vernachlässigt worden. «Die Linke scheint ein hegemoniales Projekt nicht von einem Stachel-schwein unterscheiden zu können», so George (2001: 215). Die Linke müsse sich darüber klar werden, dass es nun großer finanzieller Mittel bedürfe, die verloren gegangene intellektuelle Initiative wieder zurück zu gewinnen. Es gelte aus der Geschichte des Neoliberalismus zu lernen (ebd.: 216).

In der Konsequenz heißt das: Die Linke muss ihre Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Utopie konkretisieren. Ebenso wenig wie der Neoliberalismus darf sie ihre alternativen Entwürfe – um Hayek zu zitieren – durch Forderungen nach «Praktikabilität, Sensibilität und Realismus» unterdrücken lassen. Ohne Utopie und Antizipation bleiben soziale Initiativen in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen befangen. Ohne «Interdiskurs» gibt es zwar viel linke Expertise, die aber verzettelt bleibt. Perry Anderson hat in diesem Zusammenhang auf drei Lektionen für die Linke aufmerksam gemacht: Sie dürfe keine Angst davor haben, gegen den politischen Strom zu schwimmen, die Ideen nicht aufgeben und die Prinzipien nicht aufweichen sowie keine etablierte Institution als unveränderbar hinnehmen (vgl. Anderson 1998: 40). Im Anschluss an Hayek wäre zudem zu ergänzen, dass die eigenen Institutionen gezielt aufzubauen sind. Neo- und rechtsliberale Kräfte haben genau das verstärkt seit der Jahrhundertwende getan, auch – oder sogar besonders – in Deutschland. Ob INSM, Bertelsmann-Stiftung oder Konvent für Deutschland – sie alle folgen bewusst oder unbewusst den Überlegungen Gramscis und Hayeks. Sie haben sich ihre eigenen organischen Intellektuellen geschaffen und ha-

ben verstanden, dass ideologische Wirksamkeit sehr wesentlich von materiellen Bedingungen abhängt.

Norbert Nicoll ist ein belgischer Politikwissenschaftler und Ökonom. Er forscht zur Medien-, Wirtschafts- und Außenpolitik.

1. Eine Ideologie wird hier als eine Konfiguration von Überzeugungen, unterstellten Wirkzusammenhängen und aufgeladenen Begriffen verstanden, mit der eine sozial abgrenzbare Gruppe, eine Klasse oder Schicht ihre Interessen und Machtansprüche durchzusetzen versucht. Besonders wirkungsvoll im Sinne der Herrschenden ist eine herrschende Ideologie, wenn sie als Ideologie von den Beherrschten gar nicht wahrgenommen wird und wenn zumindest Teile der Konfiguration, der Überzeugungen und Begriffe auch zum anerkannten Weltbild, zur eigenen Überzeugung der Beherrschten werden. Vgl. zum Ideologie-Begriff Ullrich o. J.: 23.

2. Über die Grenzen Italiens hinaus blieb Gramsci sehr lange unbekannt, auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die internationale Gramsci-Rezeption beginnt erst richtig in den 1970er Jahren und erreicht am Ende dieses Jahrzehnts ihren Höhepunkt.

3. Gramsci war überzeugt, dass die russische Oktoberrevolution deshalb glückte, weil Russland ein rückständiger Agrarstaat war und dort keine entwickelte Zivilgesellschaft bestand. Umgekehrt ging er davon aus, dass in West- und Mitteleuropa die Revolution wegen der gut ausgebildeten Zivilgesellschaft entscheidend erschwert wurde.

4. Wenn Gramsci schon an dieser Stelle anders als Karl Marx und Friedrich Engels argumentiert, so fühlt man sich doch entfernt an die Erkenntnisse des Autorenduos erinnert: «Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideale Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.» (Marx/Engels 1846: 46.)

5. Ähnlich wie andere Denker seiner Zeit war auch Gramsci in der Verwendung seiner Begriffe stark von der durch den Weltkrieg militarisierten Gesellschaft geprägt. So verglich er die Taktik der Bolschewiki zu Beginn der russischen Oktoberrevolution 1917 mit einem «Bewegungskrieg». In den westeuropäischen Industriestaaten sei dagegen, aufgrund der mächtigen Schützengräben und Befestigungen der Zivilgesellschaft, ein «Stellungskrieg» angesagt.

6. Viel eher passen die genannten Gruppen in die Kategorie der traditionellen Intellektuellen.

7. Gramsci wörtlich: «Was bisher gesagt wurde, bedeutet nicht, dass es im Alltagsverstand keine Wahrheit gibt. Es bedeutet, dass Alltagsverstand ein zweideutiger, widersprüchlicher, vielgestaltiger Begriff ist und dass sich auf den Alltagsverstand als Prüfstein von Wahrheiten zu beziehen, ein Unverstand ist. Man wird zu Recht sagen können, eine bestimmte Wahrheit sei zu Alltagsverstand geworden, um anzudeuten, dass sie sich über den Umkreis der Intellektuellengruppen hinaus verbreitet hat, doch macht man in diesem Fall nichts als eine Feststellung geschichtlichen Charakters und eine Aussage über geschichtliche Rationalität; in diesem Sinn ... hat das Argument seinen Wert, gerade weil der Alltagsverstand auf bornierte Weise neuerungsfeindlich und konservativ ist, und es geschafft zu haben, eine neue Wahrheit in ihn eindringen zu lassen, ist Beweis, dass diese Wahrheit eine beachtliche Kraft der Expansion und Evidenz hat.» (Gramsci 1994: 1397.)

8. *Ideas have Consequences* ist gleichzeitig der Titel eines 1948 erschienenen Buches von Richard M. Weaver, das in konservativen Kreisen auf sehr große Resonanz stieß und das auch bei Hayek Anklang fand.

9. Die «Massen» sind, was Hayek bei seiner notorischen und recht undifferenzierten Kritik an Konstruktionen und Konstruktivismus übersieht, selber ein Konstrukt, das innerhalb des Neoliberalismus seit José Ortega y Gasset *Der Aufstand der Massen* eine prominente Rolle spielt.

10. Sozialismus verstand Hayek sehr breit. Zum Sozialismus zählte er auch das gesamte sozialdemokratische und keynesianische Gedankengut.

11. Das klingt sonderbar, aber Hayek sagt das tatsächlich so: «The intellectual, by his whole disposition, is uninterested in technical details or practical difficulties. What appeal to him are the broad visions, the spacious comprehension of the social order as a whole which a planned system promises.» (Hayek 1960: 380.)

12. Auch Begriff der Liberalen versteht Hayek sehr weit. Er schließt auch teilweise Neokonservative und Neoliberale mit ein, entscheidend ist die Gegnerschaft zum Sozialismus.

13. Eine detaillierte Auflistung der Gründungsmitglieder findet sich bei Walpen 2004: 391f.

14. Die Fabian Society ist eine britische sozialistische intellektuelle Bewegung, die durch ihre wegweisende Arbeit im späten 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg bekannt wurde. Die Fabian Society bereitete im 19. Jahrhundert den Weg für die Gründung der britischen Labour Party und ist auch heute noch aktiv. In der langen Zeit ihres Bestehens zog sie viele Intellektuelle an.

15. Hayek lehrte in London von 1931 bis 1950. Im Jahr 1950 wechselte er an die University of Chicago.

16. Die Gründungserklärung der MPS ist im Internet abrufbar: www.montpelerin.org/home.cfm (Stand: 3. Juli 2010).

17. Der wichtigste Konflikt fand zwischen MPS-Präsident Hayek und MPS-Sekretär Albert Hunold statt, der mit dem Rückzug Hunolds endete. Vgl. dazu Walpen 2004: 149–151.

18. Im Liberaal Archief in Gent (Liberales Archiv) finden sich umfassende Informationen zu den Tagesordnungen und den Teilnehmern der Treffen. Seit einiger Zeit gibt es auch ein zusammenfassendes, 108 Seiten starkes Dokument online: www.liberaalarchief.be/MPS2005.pdf (Stand: 3. Juli 2010).

19. Die bekanntesten Mitglieder sind heute die Nobelpreisträger Gary S. Becker und James Buchanan sowie Edwin J. Feulner von der Heritage Foundation. Auch Deutsche gehören dem Netzwerk an, darunter auch die INSM-Mitglieder Randolph Rodenstock und Karl-Heinz Paqué.

20. Als Standort wählte Hayek Chicago, weil dort mit Aaron Director ein enger Freund beheimatet war. Director, Professor der University of Chicago Law School, überzeugte auch die University of Chicago Press *The Road to Serfdom* als Buch zu publizieren, nachdem zuvor zahlreiche Verlage Hayeks Arbeit abgelehnt hatten.

21. Ein Überblick findet sich bei Walpen (2004: 399–404).

22. Allerdings erwies sich die Mitarbeit vieler Theoretiker in den Regierungen als nicht immer konfliktfrei. Nicht wenige empfanden die neoliberalen Reformen als nicht weit gehend genug oder bemängelten eine zu langsame Umsetzung.

23. In diesen Verschwörungstheorien erscheint die MPS dann neben der Bilderberg-Konferenz, dem Council on Foreign Relations, der Trilateralen Kommission oder verschiedenen Freimaurer-Logen als eines der «Weltsteuerungszentren». Wer sich ein Bild machen will, findet im Internet mit jeder Suchmaschine schnell entsprechende Seiten (als Stichworte dürften «MPS», «CFR» oder «Bilderberg» genügen). Dass die entsprechenden Seiten implizit oder gar explizit antisemitische Stereotypen bedienen, ist ein wiederkehrender Topos.

Literatur

Anderson, Perry (1998): Jenseits des Neoliberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke, *MOMA. Monatsmagazin für neue Politik* 2/3: 33–42.

Candeias, Mario (2003): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, zgl. phil. Diss. an der Freien Universität Berlin (www.ruhr-uni-bochum.de/fiab/pdf/veranstaltungen/Candeias.pdf, Juli 2010).

Cockett, Richard (1995): *Thinking the Unthinkable: Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931–1983*. London.

Cox, Robert W. (1987): *Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History*. New York.

- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin.
- Denord, François (2002): Le prophète, le pèlerin et le missionnaire. La circulation internationale du néolibéralisme et ses acteurs, *Actes de la recherche en sciences sociales* 145: 9–20.
- Deppe, Frank (2003): *Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*. Bd. 2. Hamburg.
- Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago 1962.
- George, Susan (2001): Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten. In: *Ein neuer Kapitalismus?* (Hg. M. Candeias/F. Deppe). Hamburg, S. 207–217.
- Gramsci, Antonio (1983): *Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag und Literatur*. Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1994): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Bd. 6. Hamburg/Berlin.
- Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Bd. 7. Hamburg/Berlin.
- Gramsci, Antonio (1998): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Bd. 8. Hamburg/Berlin.
- Hall, Stuart (1988): The Great Moving Right Show. In: S. Hall: *The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left*. London/New York. S. 39–56.
- Hartwell, Ronald M. (1995): *A History of the Mont Pelerin Society*. Indianapolis.
- Hayek, Friedrich August von (1944): *The Road to Serfdom*. Chicago.
- Hayek, Friedrich August von: «Freie Wirtschaft» und Wettbewerbsordnung (1952). In: F. A. von Hayek: *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. Erlenbach/Zürich. S. 141–155.
- Hayek, Friedrich August von (1960): The Intellectuals and Socialism. In: *The Intellectuals. A Controversial Portrait* (Hg. G. B. De Huszar). Glencoe, Ill. S. 371–384.
- Hobsbawm, Eric (1977): Gramsci and Political Theory, *Marxism Today* 7: 205–231.
- Horn, Robert van/Mirowski, Philip (2005): The Road to a World Made Safe for Corporations: The Rise of the Chicago School of Economics. Working-Paper der University of Notre Dame. South Bend (www.uri.edu/artsci/ecn/starkey/ECN342/Corporations_Chicago.pdf, 14. Juli 2010).
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (1985): *Europa. Seine geistigen Quellen in Porträts aus zwei Jahrtausenden*. Bd. 3. Sigmaringendorf.
- Kebir, Sabine (1991): *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft*, Hamburg 1991.
- Lippmann, Walter (1922): *Public Opinion*, New York. (Deutsch: *Die öffentliche Meinung*, München 1964.)
- Lippmann, Walter (1937): *The Good Society*. Boston. (Deutsch: *Die Gesellschaft freier Menschen*, Bern 1945.)
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1846): Die deutsche Ideologie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 3. Berlin 1958. S. 9–530.
- Nash, George H. (1976): *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*. New York 1976.
- Neubert, Harald (2001): *Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei*. Hamburg.
- Ötsch, Walter (2007): Bilder der Wirtschaft. Metaphern, Diskurse und Hayeks neoliberales Hegemonialprojekt. Arbeitspapier Nr. 0709 des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Linz, Linz.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 2: 203–235.
- Plehwe, Dieter (2002): Im Netz der Denker. Die weltumspannenden Aktivitäten neoliberaler Think Tanks. *iz3w. Sonderheft Globalisierungskritik*: 34–36.
- Plehwe, Dieter (2004): Internationale Vorbilder und transnationale Organisation deutscher Neoliberaler. In: *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen* (Hg. M. Arhelger et al.). Hamburg. S. 29–40.
- Prinz, Claudia (2002): Hegemonie und neoliberaler Alltagsverstand. Was die Globalisierungskritiker von Gramsci lernen können. In: *Die Globalisierungskritiker: Anatomie einer heterogenen Bewegung* (Hg. S. Raiser/B. Warkalla). Berlin. S. 41–43 (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Nr. 44).
- Ranelagh, John (1991): *Thatcher's People. An Insider's Account of the Politics, the Power and the Personalities*. London.

Ullrich, Otto (2010): Das produktivistische Weltbild (www.otto-ullrich.de/Texte_files/Das_produk-tivistische_Weltbild.pdf, 28. 6. 2010).

Votsos, Theo (2001): *Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci*. Hamburg/Berlin.

Walpen, Bernhard (2004): *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pélerin Society*. Hamburg.

